

Die Europäisierung Europas

Kulturwissenschaftliche Perspektiven auf Formationen, Logiken und Techniken des Regierens von und in Europa

Daniel Habit

Mit „Herausforderung Europa“ überschrieb Klaus Schriewer 2004 einen Aufsatz in der *Zeitschrift für Volkskunde* und zielte damit zunächst auf die immer noch eher spärliche Thematisierung von Europa im Vielnamenfach Volkskunde/Europäische Ethnologie/Empirische Kulturwissenschaft/Kulturanthropologie zu Beginn des Jahrtausends. Dieser Verweis stellte nichts Neues dar, auch wenn sich vor einem fachgeschichtlichen Hintergrund immer mal wieder europäische Wellen nachzeichnen lassen, die seit der erstmaligen Benennung einer „European Ethnology“ durch Sigurd Erixon 1937 durch das Fach wogten und mehr als nur „Synonym für die modernisierten (nationalen) Volkskunden“ (Johler 2002: 156) sein wollten.¹ Schriewer hingegen verlangte ein volkskundlich-kulturwissenschaftliches Begleiten und Analysieren des europäischen Integrationsprozesses, seiner kulturellen Implikationen und der produzierten Sinnstrukturen, um so die verschiedenen Ebenen und ihre Abhängigkeitsgefüge innerhalb des auf eine „europäische Kultur“ zurückgreifenden und selbst kulturbildenden Europäisierungsdiskurses mit einbeziehen zu können.

Die tatsächliche Fokussierung auf die EU als wirkmächtigsten Akteur in diesem Diskurs setzte im Fach erstaunlich spät ein, was vor allem auf drei Hauptaspekte zurückzuführen ist: Einerseits das fachimmanente, generell schwierige Verhältnis gegenüber dem Zusammenspiel von Staat und Kultur, das lange Zeit den Blick auf die gegenseitigen Einflussnahmen und Bedingungen verstellte und den Staat als Forschungsobjekt anderen Fachrichtungen überließ – bedingt sicherlich auch (immer noch) durch die Erfahrungen mit den nationalsozialistischen Verstrickungen (vgl. Schriewer 2011: 64). Somit fehlte im Fach weitestgehend das nötige methodologische und konzeptuelle Wissen, sich der supranationalen Ins-

1 „In den frühen fünfziger Jahren im Umfeld des Kongresses von Arnhem, in den frühen siebziger Jahren in den Diskussionen um die Fachbezeichnung, in den achtziger und neunziger Jahren in völkerkundlich-ethnologischer Herausforderung einer ‚Ethnologie Europas‘ bzw. ‚anthropology at home‘“ (Johler 2002: 160).

tution EU und ihren Vorläufern adäquat nähern zu können, sowie das passende Begriffsinstrumentarium für die Eigenartig-, Einzigartig- und Prozesshaftigkeit ihrer Systemstrukturen – ein Umstand, der sich aber seit der Jahrtausendwende zu ändern beginnt. Auf der anderen Seite versperrt sich die EU als „posthegemoniales, postnationales, kosmopolitisches Empire“ (Beck/Grande 2004: 21) in ihrer Multikomplexität als „sanftes Monster Brüssel“ (Enzensberger 2011) dem im Fach vorherrschenden subjektorientierten Zugang und der vor allem im Einzelkämpfermodus ablaufenden tatsächlichen Forschungspraxis. Darüber hinaus beschränken sich die Auswirkungen des vormals primär politisch-administrativen Integrationsprozesses nicht mehr nur auf gouvernementale Handlungsmechanismen, -eliten und -institutionen, sondern die in Brüssel entworfenen Transformationsprozesse gewinnen mehr und mehr an Alltagsrelevanz und erfassen die gesellschaftlichen Strukturen sowohl in einem (EU-)europäischen als auch zunehmend globalen Kontext.² Diese gesellschaftlichen Auswirkungen erfuhren bis in die späten 1990er Jahre eine relativ geringe kulturwissenschaftliche Aufmerksamkeit, und dementsprechend stammen die in der Literatur vorherrschenden Kriterien und Ansätze primär aus den Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften (Bach 2000: 13; Buller 2003: 528).³

Dieser Artikel möchte seinen Teil dazu beitragen, den kulturwissenschaftlichen Zugang zu einer EUropäisierungsforschung in methodischer, konzeptioneller und inhaltlicher Sicht weiter auszubauen und vor dem Hintergrund der im Fach und im kultur- und sozialwissenschaftlichen Diskurs vorhandenen Ansätze und Herangehensweisen mögliche Forschungsfelder und -perspektiven zu skizzieren.⁴ Grundsätzlich liegt der Fokus auf dem Wechselspiel und den gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen der EU beziehungsweise den jeweiligen Gremien und Institutionen einerseits und den von den Regulierungen Betroffenen andererseits, die durch ihr Handeln und ihre Wissensproduktion wiederum die Vorgaben und Erwartungshaltungen der Union beeinflussen und so das Wechselspiel des Regierens in und von Europa strukturieren – EUropäisierung erscheint

-
- 2 Als Beispiele können hier das Engagement der EU im Kosovo und in Georgien, die Diskussion um Flüchtlingslager in Nordafrika oder die bereits seit dem Plevan-Plan 1950 immer wieder aufgegriffene Diskussion um eine europäische Armee aufgeführt werden.
 - 3 Als Beleg für die mangelnde Beachtung des europäischen Integrationsprozesses durch ein die vermeintliche Programmatik schon in einigen Institutsbezeichnungen tragendes Fach mag das Programm des 37. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde 2009 dienen; unter dem Kongresstitel „Mobilitäten. Europa in Bewegung als Herausforderung kulturanalytischer Forschung“ haben lediglich 12 von 78 Vorträgen einen EU-europäischen Bezugsrahmen (vgl. Universität Freiburg 2009).
 - 4 Die Schreibweise EUropäisierung soll dabei die dominante Rolle der EU innerhalb dieser Entwicklung betonen und dies auch im Schriftbild deutlich machen.

als ein „vor allem durch Wissenspraktiken vermittelter Prozess“ (Beck/Scholze-Irrlitz 2010: 9). Daran anschließend und in Anlehnung an Ansätze der Political Anthropology wird das notwendige Methodeninstrumentarium einer kulturwissenschaftlichen EUropäisierungsforschung skizziert und nach konkreten Betätigungsfeldern einer „Europäischen“ Ethnologie gefragt, die den Zusatz nicht nur als schmückendes und abgrenzendes Beiwerk verstehen will, sondern darin auch eine Aufforderung zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung sieht.

Die Bezeichnung „die EU“ beziehungsweise „die Union“ (oder auch gerne „Brüssel“) suggeriert dabei in einer Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten eine in der Form innerhalb der Union nur selten stattfindende Einigkeit zwischen den beteiligten Institutionen und Akteuren. Auch in dieser Arbeit wird die vergemeinschaftende Bezeichnung übernommen⁵ – und die EU als eine diskursive Elite begriffen, die EUropäisierungsprozesse initiiert und steuert, von ihr legitimierte Sichtweisen institutionalisiert und reproduziert und dadurch die soziale Wahrnehmung, Interpretation und konkrete Umsetzung beeinflusst. Diskursive Eliten verfügen über die Initiations- und Steuerungsmacht von Diskursen, repräsentieren diskursive Gemeinschaften und werden insbesondere von außen in der öffentlichen Wahrnehmung diesen Gemeinschaften zugeordnet. Auf ihre Diskursbeiträge nehmen wiederum andere Diskursteilnehmer ebenso Bezug wie auf ihr symbolisches Kapital, und sie instrumentalisieren beides zum Zwecke der Selbstlegitimierung (vgl. Schwab-Trapp 2001).

EUropäisierung als kulturwissenschaftliche Programmatik

Für die Kultur- und Sozialwissenschaften lässt sich eine stetige Zunahme an kritischen Auseinandersetzungen mit EUropäisierungsprozessen aller Art konstatieren (die nicht unbedingt zur Schärfung der Begrifflichkeiten beitragen), die durch die spezifische Art der Wissens- und Sinnproduktion Europa als diskursiven Raum mitkonstruieren. Insbesondere der Wissenschaftsbetrieb ist durch die finanzielle Förderung von Forschungsprojekten neben der medialen und der politischen Öffentlichkeit zugleich Adressat, Kritiker und Erfüllungsgehilfe von EUropäisierungsprozessen und seinerseits wiederum durch sich verändernde Rahmenbedingungen und Organisationsparameter in einer reflexiven Moderne von diesen beeinflusst. Robert Harmsen und Thomas Wilson unterscheiden aus einer politologisch-anthropologischen Perspektive in ihrer Einführung im Yearbook of European Studies 2000 acht unterschiedliche Diskursebenen, auf denen EUropäisierung politisch ausgehandelt und wissenschaftlich bearbeitet wird und

5 Erstens stellt die EU sich selbst in ihren Publikationen nach außen als geschlossen handelnde Einheit dar und spricht von sich im Singular, zweitens wird sie von außen beziehungsweise von anderen im Diskursfeld engagierten Sprecherpositionen als geschlossenes System wahrgenommen.

die als systematische Grundlage dienen können: als (1) Synonym für den europäischen Integrationsprozess und die damit verbundene (2) neue Form des Regierens von und in Europa, als die (3) Transformation nationalstaatlicher Strukturen und Entscheidungsprozesse im Zuge dieser Integration und als (4) politischer Isomorphismus, der neue Ebenen der politischen Kommunikation etabliert und durch die Etablierung neuer Politikbereiche sowohl als Last wie auch als Chance auf den gewachsenen heimischen Politikebenen gesehen werden kann. Nach der Charakterisierung von (5) Europäisierung als Modernisierung aus einer Zentrum-Peripherie-Sicht folgt die im Zuge der Mitgliedschaft in der EU verbundene (6) Übernahme von primär westeuropäisch geprägten Verwaltungsabläufen in den Beitrittsländern. Die zwei letzten Verwendungen verweisen schließlich auf die (7) Rolle der Europäisierung bei der Neuordnung von Identitätskonzepten im Zuge der einsetzenden Trans-, De- und Renationalisierung sowie der (8) von der EU weitestgehend erwünschten kulturellen Integration. Diese wird als regulativer, herrschaftlicher Begriff, losgelöst von nationalstaatlichen Denkmustern und Leitkulturdebatten, verstanden und in das von der Union gewünschte Modell der „Einheit in Vielfalt“ übertragen. Daran anschließend lässt sich Europäisierung (auch weit vor der EU) mit Wolfgang Kaschuba (2008) als historischer Vorgang begreifen, in dem die Konstruktion von Identität und Zugehörigkeit vor allem durch Abgrenzung nach außen stattgefunden hat. Dazu kommt eine

ef → ~~Re-~~Formulierung des Europabegriffs, der in einem zirkularen Prozess wiederum direkte Auswirkungen auf den konzeptuellen Blick der Akteure auf diese

ef → ~~Re-~~Formulierung impliziert und schließlich das Spannungsfeld zwischen nationalen Interessen und EU-Vorgaben umfasst. Gerade durch diese Zirkularität der EUropäisierung, in der die EU sowohl als Initiator als auch letztendliches Ergebnis erscheint, lässt sich mit dem von Gisela Welz in die Diskussion eingebrachten Fokus die praxeologische Seite des Prozesses, „in dem dieses EU-Europa gemacht wird“ (2005: 19), bestens fassen. Für eine kulturwissenschaftliche Auseinandersetzung mit EUropäisierungsprozessen können wir mit Joe Borneman und Nick Fowler (1997) drei Perspektiven unterscheiden, die sich auch weitestgehend in den bisher vorliegenden Arbeiten ausmachen lassen: Die Autoren unterscheiden einerseits Regionalstudien, die sich meist aus einer Akteursperspektive auf die konkreten lokalen Auswirkungen des Integrationsprozesses beziehen (zum Beispiel Jöhler 2004; Poehls/Vonderau 2006; Welz/Lottermann 2009), ganz im Sinne des Plädoyers von Ullrich Kockel für eine Europäische Ethnologie als „angewandte Regionalwissenschaft“ (2009: 456). Dem zur Seite stehen Studien zu den alltagskulturellen Auswirkungen des EUropäisierungsprozesses und der damit verbundenen institutionellen und informellen Wissensproduktion, beispielsweise im Bereich der transnationalen Arbeitsmigration (vgl. Hess 2005), der Bildungsmigration (vgl. Murphy-Lejeune 2002), des europäischen Migrations- und

Grenzregimes (vgl. Rickmeyer 2009; Hess/Kasperek 2010; Wagner 2011) oder des kulturpolitischen Entstehens und touristischen Erfahrens europäisch konnotierter Räume (vgl. Jöhler 1999; Quenzel 2005; Gostmann/Schatilow 2008; Kaschuba 2009; Lenz/Salein 2009; Krankenhagen 2011). Darüber hinaus gibt es jene Studien, die an die grundlegenden Arbeiten von Cris Shore und Marc Abélès angelehnt sind, sich explizit mit den politischen Akteuren der EU in Straßburg, Luxemburg und vor allem Brüssel auseinandersetzen und das Entstehen und die Wirkungsweise der politischen Eliten im Vergemeinschaftungsprozess kritisch hinterfragen (vgl. Abélès 1996, 2000; Shore 1999, 2000, 2006; Poehls 2009).

In methodologischer Hinsicht bietet sich das von Janine Wedel, Cris Shore und Gregory Feldman geforderte Prinzip des „studying through“ bestens an, um die lokalen Auswirkungen und Umsetzungen auf ihren Entstehungszusammenhang im europäischen Diskurs zurückzuführen: „studying through means tracing ways in which power creates webs and relations between actors, institutions and discourses cross time and space“ (Shore/Wright 1997: 14; vgl. auch Wedel/Shore/Feldman 2005; Hannerz 2006). „Policy“, verstanden als Regierungshandeln, erscheint dabei nicht mehr unter einer oftmals imaginierten Neutralität, sondern als konkreter Eingriff in Lebenszusammenhänge. Als Forschungszugang basiert „studying through“ auf einer „multi-sited ethnography“ mit einem weiten Feldbegriff (ohne dabei den konkreten Ort aus den Augen zu verlieren, vgl. Schmidt-Lauber 2009) in Verbindung mit einer „history of the present“, die sich auf die verschiedenen (und auch widersprüchlichen) Implikationen politischer Entscheidungen auf Seiten der Akteure bezieht und deren Perspektive betont.⁶ Dazu werden die historische und die politische Rahmung des jeweiligen Untersuchungsgegenstands mit einbezogen, „not only to the conditions that have produced the present but to what the present is producing“ (Wright/Reinhold 2011: 102).

EUropäisierung erscheint in diesem Zusammenhang vor allem auch als ein kontinuierlicher Prozess der Aushandlung, Verschiebung und Neukonstituierung von Macht – „the meanings of Europe are a discourse of power and how to define and classify Europe, on the frontiers of Europe, and on similarities and differences“ (Stråth 2002: 388). Im Hinblick auf eine Forschungsprogrammatische ergibt sich aus der zunehmenden Verwobenheit von Alltagsphänomenen mit EU-Regularien und den daraus resultierenden Machtrelationen, Hierarchiever-

6 „Such a perspective on the history of the present conveys the unpredictability and contingency of policy outcomes whilst highlighting the ‘agentive power’ behind particular actions and interpretations. It shows how political events actually unfolded, but is sensitive to the fact that each moment represents only one of many possible and situationally defined outcomes“ (Wright/Reinhold 2011: 102).

schiebungen und Bewältigungsstrategien zwischen Akteuren, Institutionen und Diskursen eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten, die im Folgenden vor dem Hintergrund der Konstituierung der Europäischen Union näher erläutert werden.

Die (Selbst-)Erfindung der EU

Seit den 1970er Jahren verfolgt die Union neben ihren politischen und ökonomischen Bestrebungen eine Art Selbsterfindungsprogramm, das in seinen wesentlichen Grundzügen und Motivträgern stark an die Nationalisierungsprozesse des 19. Jahrhunderts erinnert. Diese vor allem nach dem Top-down-Prinzip verfassten Maßnahmen etablierten einen EU-eigenen Symbolhaushalt, der sich einerseits stark an der Wirkungssphäre staatlicher Symbolpolitik und deren Formensprache orientiert und andererseits inhaltlich diesen komplementär gegenübersteht. Damit folgt die Union sowohl hinsichtlich der symbolischen Ausgestaltung ihrer Selbsterfindung als auch im Hinblick auf die prägende Rolle der politisch-intellektuellen Eliten der europäischen Zivilgesellschaft den altbekannten Prinzipien des „Nation-Building“ (vgl. Patel 2004; Wagner 2006) – sie erkannte die Bedeutung von Symbolen und politischen Ritualen in ihrem Konstituierungs- und Legitimierungsprozess und die damit verbundenen identitätsstiftenden Wirkungen. Neben den „herkömmlichen“, weil analog zu der nationalstaatlichen Symbolsprache funktionierenden, Repräsentationsgütern (Fahne, Hymne, Hauptstadt, Pass, Auszeichnungen, Feiertage) betreibt die Union auf verschiedenen anderen Ebenen ihre symbolischen Selbsterfindungs- und Legitimierungsmaßnahmen: Zu nennen wären sowohl die Rolle des bereits 1953 gegründeten Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften Eurostat mit seinen alle Lebensbereiche umfassenden Kennziffern als auch das 1973 etablierte Eurobarometer als Union-eigene Meinungsumfragebehörde, die beide als „regelrechter Imaginationsmotor“ (Kaschuba 2008: 217) fungieren und durch ihre Selbstevaluation auch zur Selbstvergewisserung der Union beitragen. Dazu kommt die Schaffung von realen und virtuellen Räumen, sei es etwa durch Programme wie die „Europäischen Kulturstraßen“⁷, den breit gefächerten Internetdienst der Union, das Auftreten verschiedener Institutionen auf Facebook,

7 Unter der Koordination des „European Institute of Cultural Routes“ sind seit der Schaffung der ersten Europäischen Kulturstraße entlang des Pilgerpfades nach Santiago de Compostela 1987 bis 2010 25 Kulturstraßen unter einem jeweiligen Oberthema verzeichnet; dieses bezieht sich auf ethnische Gruppen (Phönizier, Kelten, Normannen, Roma, Juden), auf historische Personen (Mozart, Schickhardt, St. Martin von Tours), Epochen (Humanismus, Barock), kulturelles Erbe und Errungenschaften (Architektur, Klöster, Eisen, Entdeckungen, Buchdruck) oder historische Handelsverbindungen (Hanse, Al-Andalus, Oliven, Seide).

Twitter und Google+ oder auch die von ihr betriebenen Youtube-Kanäle.⁸ Ein besonderer Stellenwert innerhalb eines nationalstaatlichen als auch supranationalen Etablierungsprozesses fällt der gemeinsamen Währung zu, die anders als die an Aktionstagen verteilten Merchandise-Produkte wie Tassen, Kugelschreiber, Aufkleber und Jutetrageetaschen nicht nur als politische PR-Kampagne wahrgenommen wird, sondern als aufgeladenes Zeichen obrigkeitlicher Macht fungiert und gleichzeitig in höchstem Maße emotional konnotiert ist. Dementsprechend aufwendig begleitete die Union die Einführung der neuen Währung mit einer 80 Millionen Euro teuren „Informations- und Kommunikationsstrategie zum Thema Euro“ (EU-KOM 2004); der Euro machte aus der abstrakt-politischen Verwaltungseinheit „a tangible cultural fact at the level of everyday social reality“ (Shore 2000: 90). Neben diese drei Betätigungsfelder tritt die Kulturpolitik der Union, die zwar hinsichtlich der finanziellen Ausstattung weit hinter anderen Politikbereichen zurücksteht, aber aufgrund ihres vor allem symbolischen Mehrwerts eine elementare Rolle als Selbstinszenierungsstrategie der Union spielt. Die dahinter stehende Gesetzgebung kann neben ihren instrumentellen, regulierenden Funktionen auf ihren symbolischen Mehrwert hin analysiert werden, da die EU gerade in diesem Bereich für viele Bürger direkt erfahrbar wird. In Anlehnung an Murray Edelmans Konzept der „Politik als Ritual“ (1976) muss dabei zwischen der Herstellung und der Darstellung von Politik unterschieden werden, deren politischer Nenn- und Symbolwert in einem reziproken Verhältnis stehen. Um wahrgenommen, kommuniziert und rezipiert werden zu können, benötigen alle politischen Entscheidungsprozesse zunächst eine symbolische Rahmung, diese kann dabei sogar eine „über die Realität hinwegtäuschende politische Ersatzwelt“ schaffen und eine für das politische System „unabdingbar notwendige Steuerungsleistung“ erbringen (Sarcinelli 2008: 139). Auch in den grundlegenden Arbeiten von Ernest Gellner (1983), Benedict Anderson (1983) oder Eric Hobsbawm (Hobsbawm/Ranger 1983) zur Nationalismusforschung wird immer wieder auf die sinn- und gemeinschaftsstiftende Bedeutung von Symbolen im nationalen Konstitutionsprozess verwiesen, durch die neue Erinnerungsmuster und kulturelle Codes im kollektiven Gedächtnis der zu imaginierenden Kommunikationsgemeinschaft verankert werden. Da Anderson (1983) zufolge nicht das Kriterium der Authentizität dieser Gemeinschaften, sondern vielmehr die Mechanismen und symbolischen Konstruktionsprozesse im Vordergrund einer Ana-

8 Die unter der „Freunde“-Funktion im Youtube-Profil aufgelisteten „Freunde“ der EU dokumentieren ein sich wandelndes Politikverständnis internationaler Organisationen, das auf eine enge Kommunikation mit den Bürgern aufbaut; so finden sich unter den zehn „Freunden“ der EU die UN, die britische United Nations Association, der EU-Generalsekretär, das Europäische Parlament, die European Security and Defence Policy, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, die Europäische Weltraumbehörde und die Weltklimakonferenz in Kopenhagen.

lyse stehen sollen, muss eine auf EUropäisierungsprozesse ausgerichtete volkskundlich-kulturwissenschaftliche Herangehensweise ihre Perspektive auf eben die oben dargestellten Selbstinszenierungspraktiken der EU richten.

Fokus Kulturpolitik

Ebenso wie eine generelle Beschäftigung mit der EU aus den oben skizzierten Gründen nur in Teilbereichen des Faches stattfindet, fristet das Feld kommunaler, regionaler, staatlicher, europäischer und auch globaler Kulturpolitik ein marginales Dasein innerhalb der fachspezifischen Aufmerksamkeitsökonomie; neben einer Vielzahl von Einzelfallstudien und Projektbeschreibungen erscheint die Grundlagenliteratur zu diesem Themenkomplex in der Politikwissenschaft generell eher überschaubar, was unter anderem auch auf die Schwierigkeit der Verortung von Kulturpolitik neben anderen Teilbereichen politischen Handelns zurückzuführen ist (vgl. Klein 2005: 9).⁹ Wie oben gezeigt, wird der Kulturpolitik innerhalb des europäischen Vergemeinschaftungsprozesses gerade in Krisenzeiten eine immer wichtigere Rolle zugeschrieben; unter Politikern, Wissenschaftlern und politischen Essayisten aller Couleur herrscht in diesem Punkt seltene Übereinstimmung.¹⁰ Die zunehmende Dynamik und Alltagsverflechtung des Prozesses bei gleichzeitiger Verschiebung der nationalstaatlichen Handlungsautonomie zu Gunsten europäischer Institutionen finden in einem Spannungsfeld zwischen der inneren Homogenisierung verschiedenster Lebensbereiche und den ihnen gegenüberstehenden Gegenbewegungen statt: Globalisierende, nationalistische und regionalistische Tendenzen sind mit den EU-Harmonisierungsbestrebungen verwoben und müssen in diesem multidimensionalen und oftmals widersprüchlichen Diskurs mitbedacht werden. Die „Entdeckung“ des Schlagwortes Kultur sowie seine Instrumentalisierung und Einbindung in die Legitimierungs- und Repräsentationsstrategien der Union gentrifizieren seit Mitte der 1990er Jahre ökonomisch-rechtlich-politische Zusammenhänge und Entscheidungen und dokumentieren gleichzeitig einen Bewusstseinswandel innerhalb des allgemeinen Verständnisses von Politik (vgl. Shore 2000; Meyer 2004; Kaschuba 2008). Demnach kann diese nicht mehr losgelöst von den von ihr betroffenen Bürgern stattfinden, sondern bedarf neuer kommunikativer Konzepte, die auf eine stärkere Miteinbeziehung aller am Diskurs Beteiligten abzielen. Die Unbestimmtheit

9 Kulturpolitik als auch Kulturmanagement scheinen im Fach einen fast schon anrühigen Status zu haben, denn eine Auseinandersetzung mit diesen Themenfeldern würde ja eine dem ethnologischen Selbstverständnis widersprechende Einmischung in konkrete Alltagszusammenhänge bedeuten und nicht mehr nur deren Analyse zu Publikationszwecken – man wäre plötzlich Teil der Kulturproduktion.

10 Vgl. etwa aktuell Beck 2012; Cohn-Bendit/Verhofstadt 2012; Mak 2012; Menasse 2012; Negt 2012; Schulz 2013.

des Kulturbegriffs der Union ermöglicht dabei eine Vielzahl an unterschiedlichen Betätigungsformaten. Das Ideal des „homo europaeus“ wird dabei im Zuge einer EU-europäischen Selbstkolonialisierung verfolgt, deren Ziel je nach Lesart und politischer Intention zwischen EU-euphorischen beziehungsweise -skeptischen Standpunkten changiert (vgl. Shore 1999; Sassatelli 2009).¹¹ Für eine kulturwissenschaftliche Analyse der EU-Kulturpolitik ergibt sich daraus die Frage nach dem Verwendungs- und Verständniszusammenhang von Kultur durch die entsprechenden Gremien beziehungsweise Akteure im jeweiligen konkreten Untersuchungskontext. Im Sinne einer Foucault'schen Gouvernementalitätsforschung eröffnet der Blick auf die Transformations- und Legitimationsbedingungen von neuer (Über-)Staatlichkeit Aussagen über die Wissensformationen und das Selbstverständnis der beteiligten Akteure im Aushandlungs- und Entscheidungsprozess (vgl. Pieper 2006: 277). In Anlehnung an diesen Ansatz lassen sich drei Leitmotive innerhalb der EU-Kulturpolitik herausarbeiten: Kultur dient in einer reflexiven Argumentationskette als gemeinsame Konsens- und Legitimationsstrategie für den fortschreitenden Vergemeinschaftungsprozess. Zur Schaffung eines europäischen Demos (und als Reaktion auf die Kritik an der undemokratischen Struktur der Union¹²) wird Kultur zur Profilierung der Idee eines gemeinsamen kulturellen Erbes sowie einer Geschichte und ebensolchen Herkunft eingesetzt. Und drittens zeugt die Einführung einer „Europäischen Kultur“ von dem Machtbewusstsein und der Autoritätserweiterung der Union, die so vormals nationalstaatlich besetzte Felder unter ihren Einflussbereich bringen möchte (vgl. Shore 2006: 10). Getreu ihrem Motto „Unity in Diversity“ geht es der Union dabei nicht um die Festschreibung der *einen* europäischen Kultur, sie verfügt nicht über die Deutungshegemonie eines „active identity builders“ (Laffan 2004: 76). Und ihr Einfluss auf den öffentlich-medialen Diskurs in den jeweiligen Nationalstaaten und die Definition dessen, was letztendlich als „europäisch“ gelabelt wird, entzieht sich weitestgehend ihrem Zugriff. Auch im derzeit gültigen Vertragswerk zeigt sich diese Problematik; nur „europäische Länder“ werden für die Erweiterung zugelassen, ohne jedoch an irgendeiner Stelle

11 Das Konzept des „internal colonialism“ geht auf Michael Hetcher (1975) zurück, der damit den Prozess der ideologischen und politischen Einbeziehung peripherer Gebiete in das Vereinigte Königreich beschreibt.

12 Da die Minister des Rates nicht durch die Bürger der EU, sondern lediglich durch die nationalen Parlamente bestimmt sind und diese durch Mehrheitsentscheidungen überstimmt werden können, wird des Öfteren der Vorwurf eines institutionellen Demokratiedefizits laut; strukturell bezieht sich der Vorwurf auf das Fehlen einer europäischen Gesellschaft und Kommunikation, die den Einigungsprozess intellektuell begleiten sollten: „nicht der Demos ist die Voraussetzung der repräsentativen Demokratie, sondern Demokratie die Voraussetzung für die Formung eines Demos“ (Pollack 2007: 243).

zu präzisieren, was unter „europäisch“ verstanden werden soll. Auf der konkreten Ebene der Umsetzung „europäischer“ Projekte in den unterschiedlichen Förderprogrammen der Union bedeutet die eingeforderte „europäische Dimension“ in der Regel eher europäische Kooperation, das Zusammenarbeiten verschiedenster „sub-European subjects“ (Sassatelli 2002: 445) im Rahmen von Kulturprojekten als die reflektierte Auseinandersetzung mit potenziellen Bezugspunkten eines „gemeinsamen“ kulturellen Erbes beispielsweise. Für die Union ergibt sich aus dieser Konstellation ein doppeltes Dilemma: Auf der einen Seite fehlt ihr ein einender, mehrheitsfähiger, widerspruchsfreier Metatext, der quer durch die im Entstehen begriffene europäische Öffentlichkeit auf breite Zustimmung stößt. Auf der anderen Seite möchte die Union nicht als der zentrale Wissensbevollmächtigte auftreten und dem zusammenwachsenden Europa einen solchen Text aufoktroieren. Wolfgang Schmale erkennt hier einen grundlegenden Unterschied zum Nationalstaat; dieser kann als einziges mit der historischen Deutungshoheit ausgestattetes Medium die Produktion und Distribution eines Meisternarrativs vorantreiben, während die Union aufgrund ihrer Netzwerkstruktur an einem auf Kohärenzbildung abzielenden Hypertext arbeiten muss. Anstatt sich rückwärtsgerichtet in der „verführerischen Welt der Meistererzählungen“ zu bewegen (Schmale 2008: 139), wäre das „Kohärente in der Diversität“ demnach das historisch Neue, das im Sinne eines proaktiven, narrativen Netzwerks nicht nur von intellektuellen Eliten gesteuert, sondern von einer breiten Masse mitgestaltet werden würde (vgl. Eder 2009).¹³

Regieren durch Kultur?

Während die idealtypische Staatlichkeit im Sinne Max Webers Regieren an konkrete Staatsorgane bindet, agieren im Kontext der EU unterschiedlichste institutionelle Gremien. Konzepte wie „multi-level governance“ oder „dynamisches Mehrebenensystem“ dokumentieren diesen Wandel der Regierungsformation, während Begriffe wie „power-sharing and power-pooling“ (Tömmel 2007: 9) den zunehmenden Einfluss von Netzwerken im Entscheidungsfindungsprozess und das Entstehen eines „Entscheidungsgeflechtes“ zwischen nationaler und europäischer Ebene belegen. Um den Fokus auf transgouvernementale Verflechtungen zwischen der Union, den Nationalstaaten, zivilgesellschaftlichen Akteuren und allen sonstigen am jeweiligen Aushandlungsdiskurs Beteiligten legen zu können, soll Regieren hier als der fortwährende Prozess „bewusster politischer

13 In der Literatur wird die Notwendigkeit einer solchen Erzählung nur selten in Frage gestellt; unisono über disziplinäre und nationale Grenzen hinweg wird die Notwendigkeit eines Zugehörigkeitsgefühls für das Gelingen des EU-europäischen Projekts betont (vgl. Walkenhorst 1999; Meyer 2004; Wagner 2006).

Zielbestimmungen und Eingriffe zur Gestaltung gesellschaftlicher Zustände“ (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2004: 78) verstanden werden. Während in anderen Politikbereichen die Nationalstaaten eine dominierende Rolle spielen, bietet sich der Bereich der Kulturpolitik für eine Aufweichung der vormaligen Deutungshoheit an, um vor allem Projekte mit Symbolcharakter seitens der Union ideell zu initiieren und finanziell zu unterstützen. Die subventionierte Kulturpolitik unterläuft die nationalstaatlichen Partikularinteressen und Entscheidungsinstanzen durch die Produktion eigener Wissensbestände und Fördermöglichkeiten; die zunehmende Verflechtung und geforderte Rekurrerung auf europäische Bezugssysteme erfordert dann die Kooperation mit einer überstaatlichen Institution, eben der Europäischen Union, um an deren Infrastrukturmaßnahmen partizipieren zu können (vgl. Eder 1999: 167). Diese Art des Regierens fördert Verteilungs- und Behauptungskämpfe, welche „die nationalen Konfliktlinien und Binnendifferenzierungen ‚fragmentieren‘, relativieren und überspielen“ (Beck/Grande 2004: 271) und langfristig zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Union bedingen. Den Stellenwert von Kultur im Regierungshandeln der Union und den Wandel von einer Wirtschaftsgemeinschaft hin zu einer politischen Kulturgemeinschaft dokumentiert die Einführung der sogenannten Kulturverträglichkeitsklausel, die erstmals im Vertrag von Maastricht festgehalten wurde und sich in leicht abgeänderter Form auch im Vertrag von Lissabon wiederfindet.¹⁴ Demnach müssen kulturelle Belange bei jeder Entscheidung der EU mitbedacht werden; Kultur wirkt sich somit auf den gesamten EU-Vertrag aus (vgl. Odenthal 2005: 222) – auch wenn sich keine explizite Definition finden lässt, die das genauere Verständnis der Union widerspiegelt. Besondere Brisanz erhielt diese Offenheit des Kulturbegriffs durch die verschiedenen Erweiterungsrounden der Union (1981, 1986, 1995, 2004 und 2007), die neue, unterschiedliche Bedeutungsmuster des Begriffs „Kultur“ vor dem jeweils sprachlichen und historischen Kontext mit sich brachten – ein Umstand, der besonders an der Debatte um kulturelles Erbe sichtbar wird (vgl. Swenson 2007; Habit 2009). Neben ausgelaufenen Programmen wie etwa „Kaleidoskop“, „Ariane“, „Raphael“, „Kultur 2000“ und „Kultur 2007–2013“, die dezidiert auf die Förderung kultureller Aktivitäten ausgerichtet waren, können auch Programme wie „Erasmus“, „Sokrates“, „Leonardo da Vinci“, „Grundtvig“ und „Comenius“, die den europäischen Austausch von Auszubildenden, Studenten und Berufstätigen als Zielvorgabe hatten, als Kulturfördermaßnahmen gesehen werden. Daneben gab und gibt es eine Vielzahl an weiteren Programmen (EIDHR, CARDS, PHARE, EEF, ALA,

14 So heißt es in § 167 des Vertrags von Lissabon: „Die Union leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes.“

MEDA, IPA), die zwar in erster Linie auf politische und wirtschaftliche Stabilisierung in Europa abzielen, dabei aber die Entwicklung des kulturellen Sektors als demokratieförderndes Element betrachten. Auch die seit 1991 ausgeschriebenene „MEDIA“-Programme können als Regierungstechnik gesehen werden; nach außen zielen sie auf eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Medienbranche, innerhalb Europas geht es explizit um die Vermittlung von „gemeinsamen Grundwerten“ und der „gemeinsamen sozialen und kulturellen Werte der Union“ in einem „europäisch audiovisuellen Raum“, damit „diese Branche gehaltvolle und vielseitige Inhalte anbietet und ein wertvolles Erbe bewahrt und zugänglich macht“ (EU-Parlament 2006). Die Zusammenlegung dieser Programme zum Konzept „Kreatives Europa“ (2014–2020) und die voraussichtliche finanzielle Ausstattung mit 1,8 Milliarden Euro dokumentieren die doppelte Rolle, die Kultur seitens der EU-Politik zugeschrieben wird: Einerseits sieht sie die Bedeutung von Kultur für den europäischen Integrationsprozess, andererseits dient Kultur zur Durchsetzung ökonomischer Zielvorgaben, wie sie die Union in ihrem Strategiepapier „Europa 2020“ festgehalten hat. Neben diesen Förderprogrammen lassen sich eine Reihe weiterer Steuerungsmechanismen in Form von Auszeichnungsformaten ausmachen, mit denen die EU auf kulturpolitischer Ebene aktiv wird und durch verschiedene Wettbewerbsmechanismen direkten Einfluss auf die Kulturlandschaft in Europa nimmt; hier seien nur die „Kulturhauptstadt Europas“, der „Green Capital Award“, der EU-Kulturpreis, die „Europäischen Tage des Denkmals“, das „Europäische Kulturerbesiegel“ oder die verschiedenen jährlichen Themenschwerpunkte genannt. Dem Moment des Wettbewerbs fällt dabei eine zentrale Rolle innerhalb der Regierungstechniken der Union zu. Indem die EU in den jeweiligen Leitfäden zu den verschiedenen Ausschreibungen Kriterien festlegt, nach denen eine Förderung oder Titelvergabe erfolgen kann, verfügt sie über die Deutungshoheit über deren inhaltliche Ausgestaltung; diese „bewusste Hegemonialisierung und politische Förderung bestimmter Diskurse kann als ein Mechanismus nicht hierarchischer politischer Steuerung verstanden werden“ (Höppner/Nagl 2008: 131). Diese Steuerung und damit das Regieren erfolgen durch die Förderung und Konstituierung einer betriebswirtschaftlichen Wettbewerbssituation zwischen den jeweiligen Akteuren, in der Kultur anhand ihres Gebrauchswerts als Standortfaktor, Legitimationsstrategie und Entwicklungsfaktor instrumentalisiert wird; Kultur wird in einen vermarkt- und evaluierbaren Warenwert überführt und dabei kommt es zur Kulturalisierung inhaltlicher, räumlicher und ökonomischer Bereiche: „die Ästhetisierung der Waren geht mit einer Vermarktung der Ästhetik einher, und die Grenzen zwischen kulturellen und wirtschaftlichen Aktivitäten verschwinden“ (Musner 2008: 39).

Cultural Governance

Die Transformation von Regierungsformaten im Zuge von Globalisierung und neoliberaler Deregulierung bleibt nicht nur auf kommunale oder nationalstaatliche Ebenen beschränkt, sondern betrifft auch direkt das Mehr-Ebenen-System EU. Dieses fördert einerseits die Erosion bestehender Machtverhältnisse, um zunehmend seine Sprecherposition zu etablieren, andererseits ist es selbst von dieser Entwicklung betroffen. Die Perspektive der Governance-Forschung eröffnet dabei das komplexe Geflecht institutionalisierter und informeller Arrangements zwischen staatlichen und privaten Akteuren, um dem eigenen Anspruch folgend das Gefüge staatszentrierter Steuerungstheorien aufzubrechen; vor allem das „dynamische Zusammenwirken zwischen Strukturen und Prozessen, Institutionen und Akteuren, zwischen Regeln und Regelanwendungen“ (Benz 2004: 18) gerät dabei in den Fokus der Aufmerksamkeit. Die auf Foucault rekurrierenden Ansätze der Gouvernamentalitätsforschung unterstellen hingegen bestimmten historischen Zeiträumen eine spezifische Regierungslogik und die dazugehörigen -techniken, die eine „regelhafte Hervorbringung von Verfahren, Programmen sowie Schemata des Wahrnehmens und Urteilens“ (Reichert 2004: 15) evozieren. Auf der Grundlage von Beschlüssen und Veröffentlichungen der EU im Bereich der Kulturpolitik lässt sich demnach eine neue Form des Regierens feststellen, die sich einerseits vor allem durch ihre rechtliche Unverbindlichkeit (aufgrund der beanspruchten Kulturhoheit der Mitgliedstaaten) und inhaltliche Offenheit („europäische Dimension“) auszeichnet, andererseits aber auch systematisch externe, privatwirtschaftliche Akteure wie etwa Evaluationsunternehmen oder „Kulturschaffende“ zum Zwecke der Legitimitätserhöhung in die Politikformulierung miteinbezieht.¹⁵ In diesem Zusammenhang verweisen Ulrich Beck und Edgar Grande (2004) auf das Fehlen eines Masterplans beziehungsweise die Offenheit dieser Entwicklung, die sich unter dem Motto „Einheit in Vielfalt“ gerade auch im Bereich der Kulturpolitik ausmachen lässt: „Europäisierung ‚findet statt‘, ‚handelt‘ geradezu in ‚institutionalisierter Improvisation““ (ebd.: 65). Die verschiedenen, oben in aller Kürze erwähnten Kulturförderprogramme und vor allem die von der EU verliehenen Auszeichnungen (Kulturhauptstadt, Kulturerbesiegel, Kulturpreis) lassen sich als Selbstvergewisserungsmaßnahme der Union lesen, mit der die von Brüssel ausgehende gesellschaftliche Ordnung und die spezifische Form der Machtverteilung und Machtausübung manifestiert sowie kulturelles Erbe neu formiert und prädikatisiert werden (vgl.

15 In der politikwissenschaftlichen Literatur wird die Art und Weise des Regierens der EU, jenseits der Staatlichkeit, durch das Fehlen eines legitimierten Gewaltmonopols, die daraus resultierende, weitestgehend freiwillige Folgebereitschaft der Mitgliedstaaten und das grundsätzliche Demokratiedefizit charakterisiert (vgl. Benz 2004; Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2004).

Habit 2011). In Anlehnung an Pierre Bourdieu kommt gerade dieser Deutungshoheit über das symbolische Kapital der zur Teilnahme verpflichteten Institutionen eine entscheidende Funktion bei der Entstehung der Nationalstaaten zu – und kann zweifelsohne auch auf die Regierungstechniken der Union übertragen werden, beispielsweise durch die Konzentration von Gesetzesanwendungen und Rechtsprechung auf Kosten untergeordneter Verwaltungseinheiten oder die Monopolisierung des symbolischen Kapitals durch die Ernennung von Amts- und Würdenträgern: „Indem der Staat mit Autorität sagt, was ein Seiendes, ob Sache oder Person, seiner legitimen sozialen Definition nach wirklich ist (Urteil), das heißt was es sein darf, was zu sein es ein Recht hat, auf welches soziales Sein es einen Rechtsanspruch hat, welchem Sein es Ausdruck zu verleihen, welches Sein es auszuüben berechtigt ist, übt der Staat eine wahrhaft schöpferische, gottähnliche Macht aus“ (Bourdieu 1998: 115). Die verschiedenen kulturpolitischen Steuerungs- und Förderungsformate der Union erscheinen demnach als symbolische Gemeinschaftsaktionen, die die jeweils an den Programmen Teilnehmenden zu einer weit über die Förderung der EU hinausgehenden ökonomischen Leistung moralisch zur Selbstkulturalisierung entlang der abstrakt-chimärenhaften Kategorie „europäische Dimension“ verpflichten (vgl. Reckwitz 2009). Die inhaltlichen Vorgaben, das Bewerbungsprozedere, die Vergabep Praxis und die nachträgliche Evaluation erfolgen wiederum durch EU-Institutionen, die durch die Etablierung von Regularien die inhaltliche Ausgestaltung zunehmend vorgeben und ihren Zielvorgaben und Harmonisierungsbestrebungen unterordnen. Als Initiierungs- und gleichzeitige Bewertungsinstanz bleibt die eigentliche Deutungshoheit über das „richtige“ und „falsche“ Europa dabei in den Händen der EU, die damit nicht nur Kulturpolitik, sondern auch eine Form der kulturorientierten Gouvernamentalität ausübt. Der dabei von ihr vertretene offene Kulturbegriff zeigt sich sowohl hinsichtlich der kulturproduzierenden Trägergruppen als auch der förderungswürdigen Inhalte. Die Subsumierbarkeit unter das allumfassende Credo „Einheit in Vielfalt“ fördert die jeweilige Kulturproduktion, die dann unter dem Label des Europäischen (und ab 2014 unter dem Oberthema Kreativität) in die Machtetablierungs- und Selbstinszenierungsprozesse der Union eingespeist werden können – gerade in den Kulturhauptstädten zeigt sich immer wieder, dass auch kritische Auseinandersetzungen mit der EU im Sinne der Vielfalt vereinnahmt werden. Damit lässt sich Tobias Knoblichs und Oliver Scheytts Konzept von Cultural Governance zustimmen, das sie als den Versuch charakterisieren,

„Aufgaben der Trägerschaft, der Finanzierung und der gesellschaftlichen Entwicklung von Kultur im Kontext eines ‚kooperativen Staates‘ zu lösen und den Kulturstaat als eine durch unterschiedliche, auch sektoral übergreifende Bündnisse gemeinsam herzustellen. Der Kulturstaat

wird hier nicht von oben gedacht oder als Entlastungsstrategie an die Gesellschaft delegiert, sondern gerade als Mittleres gesetzt. [...] Die Fürsorge zielt also auf eine Selbstregulierung einerseits, aber ebenso auf Verhandlungsgeschick in Hinblick auf die Modi alternativer Leistungserbringung durch nichtstaatliche Anbieter andererseits“ (Knoblich/Scheytt 2009: 77; vgl. auch Bang 2004; Schmitt 2011).

Rainer Kellers Ansätzen einer wissenssoziologischen Diskursanalyse und der darin geforderten dreifachen Relationierung von Diskursen und Akteuren folgend, kommt der EU beziehungsweise der von ihr jeweils legitimierten Auswahlkommission damit die zentrale Sprecherposition zu, die durch Positionierungsprozesse Identitätsangebote und Erwartungshorizonte konstituieren; „sie erzeugen Faktenwissen, argumentieren, dramatisieren, moralisieren, mobilisieren gängige Alltagsmythen, Klischees, Symbole, Bilder für ihre Zwecke. Sie entwickeln eine Geschichte, in der die Rollen von Gut und Böse verteilt sind und die Handlungsprobleme bekannt werden“ (Keller 2005: 249). Die jeweils an den Programmen teilnehmenden Akteure beziehen sich bei der Umsetzung ihrerseits auf diese Sprecher- und Subjektpositionen – dem Konzept der Aufmerksamkeitsökonomie folgend, nicht nur freiwillig, sondern als Positionierungsstrategie innerhalb der allumfassenden Vermarktungslogik im Kampf um Sichtbarkeit. Demnach müssen Städte, Regionen, Landschaften genauso wie Museen, NGOs und Bürgerinitiativen ihr Profil schärfen, sich als Marke begreifen, ihre Alleinstellungsmerkmale hervorkehren und sich auf dem Markt positionieren; aus den vorhandenen Selbstverständlichkeiten muss eine „Besonderheit des Bewundernswerten, Attraktiven und Spannenden“ geschaffen werden (Prisching 2011: 86). Die Akteure werden durch diese Verantwortungsübertragung zur aktiven Teilnahme am Vergemeinschaftungsprozess animiert, diese Responsibilisierung ist wiederum mit Ökonomisierungsprozessen von Institutionen und Handlungslogiken verbunden.¹⁶ Die EU liefert dafür durch die Ausweitung ihrer Kulturpolitik die moralische Legitimation, stellt in Ansätzen finanzielle Ressourcen zur Verfügung und vermittelt mit den entsprechenden Leitfäden und „Best-Practice-Strategien“, die sich an den als Downloads zur Verfügung gestellten EU-Idealen zu orientieren haben, das notwendige Wissen zur Selbstkulturalisierung (vgl. Reckwitz 2009).¹⁷

16 Responsibilisierung zielt in diesem Kontext auf die Verantwortlichmachung von Bürgern, die durch neue politische Partizipationsmöglichkeiten wie Runde Tische, Bürgerentscheide oder Private-Public-Partnership- Initiativen nicht mehr nur das Ergebnis von Entscheidungsfindungsprozessen erfahren, sondern diese mitgestalten und mittragen sollen.

17 Einen ähnlich gelagerten Fall zeigt Wolfgang Kaschuba am Beispiel der EU-Minderheitenpolitik, denn „Modellinszenierungen als Sprach-, Religions- oder Minderheitenregion lassen sich schon

Fallbeispiel Kulturelles Erbe

Um die oben skizzierten Gedanken anhand eines konkreten Beispiels zu verdeutlichen, soll im Folgenden auf den Diskurs um kulturelles Erbe eingegangen werden, da daran die von der EU ausgeübten Techniken des Regierens mit allen beschriebenen Implikationen besonders deutlich zu Tage treten. Insbesondere die Konstruktionsprozesse von kulturellem Erbe und die daraus resultierenden Legitimationsstrategien sollten dabei im Fokus der volkswissenschaftlich-kulturwissenschaftlichen Aufmerksamkeit stehen, auch vor dem Hintergrund der eigenen Wissensproduktion und der engen Wechselbeziehungen zwischen Kulturwissenschaften, Formen des Nation-Building und symbolischen Wertschöpfungsprozessen. Den Ansätzen der Heritage-Forschung folgend, werden im Zuge der Prädikatisierung durch Sinngebungsprozesse privilegierte Ausschnitte aus den habituellen Praxen alltagskulturellen Handelns herausgelöst und ihnen in einem Akt der Überhöhung ein Mehr an Status und Wert zugewiesen. Kulturelles Erbe wird durch eine Zuweisungspraxis geschaffen, die nicht zwingend auf eine dingliche, historische oder emotionale Bedeutungsebene rekurriert, „wobei dem Objekt ein Symbolwert zuwächst, nicht selten unter Verlust beziehungsweise als Reaktion auf den Verlust seines Gebrauchswerts“ (Seidenspinner 2006: 26; vgl. Tauschek 2013). Die daraus entstehende Authentizität ist somit keine materielle, sondern eine geistig-kulturelle Eigenschaft, die auf der Basis gesellschaftlicher Übereinkunft durch die Prädikatisierung des Guts implementiert wird; so wird dem „Authentifizierten“ ein symbolischer Mehrwert verschafft, der es veredelt und aus der Masse hervortreten lässt.¹⁸ Im Gegenzug bedeutet dies nach der „cultural intimacy“-Lesart von Michael Herzfeld (2005), dass andere Bereiche des kulturellen Selbstverständnisses, die außerhalb der repräsentierbaren Parameter liegen oder in einer Außensicht als problematisch erkannt werden könnten, „die aber nichtsdestotrotz, vielleicht gerade weil sie in keiner Touristenbroschüre Erwähnung finden, in ihrer Negativästhetik das Alltagsleben mitprägen“ (Bendix 2007: 340), ausgeblendet werden. Die Betonung des kulturellen Erbes findet

längst als Best-Practice-Strategien eines Cultural Belonging aus dem Internet heruntergeladen“ (2007: 19).

- 18 Der Ablauf der Heritage-ifizierung erinnert an die von Dean MacCannell herausgearbeiteten fünf idealtypischen Stufen der „sight sacralization“, die als Produktion von touristischen Bezugspunkten auch auf die im Kontext des Kulturhauptstadtjahres stattfindenden Prädikatisierungsprozesse übertragbar sind. Neben der „naming-phase“, die sowohl die Benennung als auch die Authentifizierung des Artefaktes beinhaltet, tritt zunächst die „framing and elevation phase“, die das Herauslösen und Inszenieren meint. Über das „enshrinement“, das Einbetten in einen gesamt-künstlerischen Kontext kommt es letztendlich zu zwei Formen der „reproduction“: Während die mechanische Reproduktion auf die Herstellung von Bilderzeugnissen oder Modellen aller Art abzielt, zeigt sich die soziale Reproduktion in der direkten Bezugnahme von unterschiedlichen Akteurskonstellationen auf die jeweilige Attraktion (MacCannell 1999: 43).

sich in vielen EU-Publikationen; den jeweils teilnehmenden Akteuren wird dabei die Aufgabe der Benennung, Inszenierung und Codierung ihres kulturellen Erbes übertragen und andererseits dieses durch die Vergemeinschaftungsmaßnahmen in einen europäischen Heritage-Zusammenhang überführt. Das von der EU im Unifikationsprozess geforderte und dringend benötigte einende Element ihrer „Einheit in Vielfalt“ generiert sich aus diesem „von unten“ zusammengetragenen Fundus an europäisch codierten materiellen und immateriellen Kulturgütern; die Union ist im Sinne ihrer Cultural Governance auf die Wissensgenerierung aus der europäischen Bevölkerung angewiesen. Durch das Herauslösen von kulturellen Fragmenten und Praktiken aus ihren lokalen Kontexten und ihre Überführung in ein europäisches Referenzsystem werden neue Deutungszugänge geschaffen und so das symbolische Kapital der Güter gesteigert. In dem von ihr initiierten Vergemeinschaftungsprozess spielt das kulturelle Erbe eine wichtige Rolle für die Union: Zum einen sieht sie es als identitätsstiftendes Element in der Konstituierung eines europäischen Gedächtnisraums, zum anderen tritt sie, durch ihr kulturpolitisches Engagement, als Behüterin und Schützerin des in seiner Vielfalt geeinten Erberaums in Erscheinung, eine Strategie, die sich schon bei der Konstruktion der Nationalstaaten bewährt hat und im Zuge der wachsenden EU eine Renaissance erfährt: „unter der blau-gelben Europafahne wird nicht zuletzt mithilfe der Kulturellen-Erbe-Programme ein einheitliches Konzept einer politisierten, kommodifizierten, essentialisierten und territorialisierten Kultur propagiert – und möglicherweise auch durchgesetzt“ (Johler 2009: 42; vgl. auch Quenzel 2005). Darüber hinaus bedingen die durch die Fülle der EU-Maßnahmen auf dem Gebiet der Heritage-Produktion evozierten Prädikatisierungsdiskurse ihrerseits De- und Renationalisierungsprozesse, da gerade als europäisch codierte Phänomene immer auch vor der nationalen Hintergrundfolie eingeordnet und zwischen den oftmals konkurrierenden Erinnerungsparametern gelesen werden müssen (vgl. Götz 2009); diese Problematik zeigt sich besonders in den Debatten um einen europäischen Gedächtnisraum und, damit verbunden, um transnationale Erinnerungsorte, eine Debatte, die sich in westeuropäischen Ländern eher in Links-Rechts-Konflikten abspielt, während sie in Osteuropa eher Gräben zwischen proeuropäisch-liberalen Kreisen und nationalistischen Bewegungen auf tut (vgl. Troebst 2005; Zhurzhenko 2007; Leggewie 2009). Dem Museum wird dabei als Ort der Erinnerung, Speicherung, Präsentation und Weitergabe innerhalb eines gesellschaftlichen Konstitutionsprozesses eine zentrale Rolle zugewiesen (vgl. Assmann 1999); die Querelen um ein europäisches Museum verdeutlichen deshalb umso mehr die dem Prozess der Selbstverständigung innewohnenden Schwierigkeiten (vgl. Wagner 2005; Krankenhagen 2011) und die verschiedenen Zugriffsstrategien und Konstruktionsparameter in Bezug auf das kulturelle Erbe Europas. Denn während die Realisierung des ersten Brüsse-

ler Europamuseums-Projekts, des Musée de l'Europe, auch sechzehn Jahre nach den ersten Überlegungen aufgrund inhaltlicher Schwierigkeiten und vergeblicher Standortsuche immer noch in weite Ferne gerückt scheint, mehren sich alternative museale Projekte, die sich explizit mit „Europa“ auseinandersetzen. Neben der Transformation nationaler Völkerkundemuseen in Europamuseen mit einer transnationalen Ausrichtung wie etwa in Berlin und Marseille kann vor allem das „House of European History“ (HEH) als Versuch gewertet werden, eine Europäische Geschichtsschreibung für die Zeit nach 1945 zu etablieren – ganz abgesehen von den Diskussionen, die es um die Ausstellungsfähigkeit eines Integrationsprozesses in Hinblick auf eine adäquate museale Aufbereitung gibt (vgl. Kaiser et al. 2012). Die angesprochene Grundproblematik der Union bleibt damit aber auch nach der für 2015 geplanten Eröffnung des HEH bestehen; und der dazugehörige Programmentwurf „Building a House of European History“ lässt keinen Zweifel daran, dass Europa und die EU deckungsgleich zu verstehen sind (vgl. European Parliament 2013).¹⁹

Was ergibt sich daraus für eine Europäische Ethnologie? Meines Erachtens lassen sich gerade die hier umrissenen Steuerungsprojekte und Regierungstechniken der Union aus einer kulturwissenschaftlichen Perspektive gewinnbringend aufbereiten, um den europäischen Integrationsprozess kritisch zu begleiten und nach den konkreten Auswirkungen auf die betroffenen Menschen zu fragen bzw. die Umgangsstrategien mit diesen Formen der Machtausübung und Disziplinierungsmaßnahmen zu beleuchten. Denn während viele andere Fächer sich zwar auch mit den „politics and policies“ des Einigungsprozesses beschäftigen, kann gerade der sensiblere Zugang des Faches eine „empirically sound, theoretically vibrant, epistemologically innovative, and normatively grounded study of politics“ garantieren (Schatz 2009: 4). Damit kann neben der Produzentenseite von Regierungstechniken auch die Konsumentenseite in den Mittelpunkt der Forschung gestellt werden und so die den Akteuren eigene Aushandlungspraxis und Umgangsstrategie von und mit Verordnungen beleuchtet werden.

19 Auch wenn der Informationsfluss nicht unbedingt allzu tiefe Einblicke in die Konzeption erlaubt, kann auf der Website des Europäischen Parlaments (o.J.) unter <http://www.europarl.europa.eu/visiting/de/visits/historyhouse.html> schon ein erster Eindruck des neuen EU-Museums gewonnen werden. Der Programmentwurf findet sich in der Broschüre des European Parliament (2013), verfügbar unter http://www.europarl.europa.eu/visiting/ressource/static/files/building-a-house-of-european-history_e-v.pdf.

Literatur

- Abélès, Marc (1996): La Communauté européenne. Une perspective anthropologique. In: *Social Anthropology* 4, S. 33–45.
- (2000): Virtual Europe. In: Bellier, Irène/Wilson, Thomas M. (Hg.): *An Anthropology of the European Union. Building, Imagining and Experiencing the New Europe*. Oxford, S. 31–52.
- Anderson, Benedict (1983): *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London.
- Assmann, Aleida (1999): *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. München.
- Bach, Maurizio (2000): Die Europäisierung der nationalen Gesellschaft? Problemstellung und Perspektiven einer Soziologie der europäischen Integration. (*Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40*). Wiesbaden, S. 11–38.
- Bang, Henrik (2004): Culture Governance. Governing Self-reflexive Modernity. In: *Public Administration* 82, S. 157–190.
- Beck, Stefan/Scholze-Irlitz, Leonore (2010): Wie der Europäer is(s)t. Europäisierung durch Molekularisierung, Standardisierung und kreative Traditionalisierung von Nahrung und Ernährung. In: Beck, Stefan et al. (Hg.): *Essen in Europa*. Bielefeld, S. 9–20.
- Beck, Ulrich (2012): *Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften in Zeiten der Krise*. Berlin.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2004): *Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne*. Frankfurt am Main.
- Bendix, Regina (2007): Kulturelles Erbe zwischen Wirtschaft und Politik. Ein Ausblick. In: Hemme, Dorothee/Tauschek, Markus/Bendix, Regina (Hg.): *Prädikat „HERITAGE“*. Wertschöpfungen aus kulturellen Ressourcen. (Studien zur Kulturanthropologie/Europäischen Ethnologie, 1). Münster et al., S. 337–356.
- Benz, Arthur (2004): Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? In: ders. (Hg.): *Governance – Regieren in komplexen Mehrebenensystemen*. Wiesbaden, S. 11–28.
- Borneman, John/Fowler, Nick (1997): Europeanization. In: *Annual Review of Anthropology* 26, S. 487–514.
- Bourdieu, Pierre (1998): *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt am Main.
- Buller, Jim (2003): The Europeanization of National Politics? In: *Government and Opposition* 38, S. 528–535.
- Cohn-Bendit, Daniel/Verhofstadt, Guy (2012): *Für Europa. Ein Manifest*. München.
- Edelman, Murray (1976): *Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns*. Frankfurt am Main/New York.
- Eder, Klaus (1999): Integration durch Kultur. Das Paradox der Suche nach einer europäischen Identität. In: Viehoff, Reinhold/Segers, Rien T. (Hg.): *Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion*. Frankfurt am Main, S. 147–179.

- (2009): A Theory of Collective Identity Making Sense of the Debate on a „European Identity“. In: *European Journal of Social Theory* 12, S. 427–447.
- Enzensberger, Hans Magnus (2011): *Sanftes Monster Brüssel oder Die Entmündigung Europas*. Berlin.
- EU-KOM (2004): Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Umsetzung einer Informations- und Kommunikationsstrategie zum Thema Euro und Wirtschafts- und Währungsunion. KOM/2004/0552.
- EU-Parlament (2006): Beschluss Nr. 1718/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006 zur Umsetzung eines Förderprogramms für den europäischen audiovisuellen Sektor (MEDIA 2007). Amtsblatt Nr. L 327 vom 24. 11. 2006, S. 12–29.
- Europäisches Parlament (o. J.): *Haus der Europäischen Geschichte*. Brüssel, Eröffnung geplant für Herbst 2015. Verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/visiting/de/visits/history/house.html> (19. 9. 2013).
- European Parliament (2013): *Building a House of European History*. Luxembourg. Verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/visiting/ressource/static/files/building-a-house-of-european-history_e-v.pdf (19. 9. 2013).
- Gellner, Ernst (1983): *Nations and Nationalism*. Oxford.
- Götz, Irene (2009): „Erinnerung, Identität, Erbe“. Die Neucodierung von „kulturellem Erbe“ im Kontext des Nationalstaats im Umbau. In: Berger, Karl/Schindler, Margot/Schneider, Ingo (Hg.): *Erb.gut? Kulturelles Erbe in Wissenschaft und Gesellschaft*. Referate der 25. Österreichischen Volkskundetagung vom 14.–17. 11. 2007 in Innsbruck. (Buchreihe der Österreichischen Zeitschrift für Volkskunde, 23). Wien, S. 181–192.
- Gostmann, Peter/Schatilow, Lars (2008): *Europa unterwegs. Die europäische Integration und der Kulturtourismus*. (Tourismus. Beiträge zu Wissenschaft und Praxis, 7). Münster.
- Habit, Daniel (2009): *Europäische Kulturhauptstadt Sibiu 2007: (EU-)Europäisierungen, „No Plastic“ und der Umgang mit kulturellem Erbe*. In: *Bayerisches Jahrbuch für Volkskunde*, S. 33–43.
- (2011): *Die Inszenierung Europas? Kulturhauptstädte zwischen EU-Europäisierung, Cultural Governance und lokalen Eigenlogiken*. (Münchner Beiträge zur Volkskunde, 40). Münster et al.
- Hannerz, Ulf (2006): *Studying Down, Up, Sideways, Through, Backwards, Forwards, Away and at Home: Reflections on the Field Worries of an Expensive Discipline*. In: Colemann, Simon/Collins, Peter (Hg.): *Locating the Field. Space, Place and Context in Anthropology*. Oxford, S. 23–41.
- Harmsen, Robert/Wilson, Thomas (2000): *Introduction: Approaches to Europeanization*. In: *Yearbook of European Studies* 14, S. 13–26.
- Herzfeld, Michael (2005): *Social Poetics in the Nation-State*. New York.

- Hess, Sabine (2005): Globalisierte Hausarbeit. Au-pair als Migrationsstrategie von Frauen aus Osteuropa. (Geschlecht und Gesellschaft, 38). Wiesbaden.
- Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hg.) (2010): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin.
- Hetcher, Michael (1975): Internal Colonialism: The Celtic Fringe in British National Development. London.
- Hobsbawm, Eric/Ranger, Terence (Hg.) (1983): The Invention of Tradition. Cambridge.
- Höppner, Ulrike/Nagl, Dominik (2008): Jenseits der Staatlichkeit. Governance und Gouvernementalität als postmodernes Konzept des Regierens. In: De la Rosa, Sybille/Höppner, Ulrike/Kötter, Matthias (Hg.): Transdisziplinäre Governanceforschung. Gemeinsam hinter den Staat blicken. (Schriften zur Governance-Forschung, 13). Baden-Baden, S. 119–137.
- Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (2004): Governance in der Europäischen Union. In: Benz, Arthur (Hg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen: eine Einführung. Wiesbaden, S. 77–102.
- Johler, Reinhard (1999): „Europa in Zahlen“. Statistik – Vergleich – Volkskunde. In: Zeitschrift für Volkskunde 95, S. 246–263.
- (2002): Wieviel Europa braucht die Europäische Ethnologie? Die Volkskunde in Europa und die „Wende“. In: Köstlin, Konrad/Niedermüller, Peter/Nikitsch, Herbert (Hg.): Die Wende als Wende? Orientierungen Europäischer Ethnologien nach 1989. Wien, S. 150–165.
- (Hg.) (2004): Daheim in Europa. Formen der Europäisierung in der Region. Tübingen.
- (2009): Kulturelles Erben. Eine europäische Zustandsbeschreibung. In: Berger, Karl/Schindler, Margot/Schneider, Ingo (Hg.): Erb.gut? Kulturelles Erbe in Wissenschaft und Gesellschaft. Referate der 25. Österreichischen Volkskundetagung vom 14.–17. 11. 2007 in Innsbruck. (Buchreihe der Österreichischen Zeitschrift für Volkskunde, 23). Wien, S. 35–48.
- Kaiser, Wolfram/Krankenhagen, Stefan/Poehls, Kerstin (Hg.) (2012): Europa ausstellen. Das Museum als Praxisfeld der Europäisierung. Köln.
- Kaschuba, Wolfgang (2007): Old and New Europe: Representations, Imaginations, Stagings. In: Darieva, Tsyplma/Kaschuba, Wolfgang (Hg.): Representations on the Margins of Europe. Politics and Identities in the Baltic and South Caucasian States. Frankfurt am Main, S. 25–42.
- (2008): Europäisierung als kulturalistisches Projekt? Ethnologische Betrachtungen. In: Joas, Hans/Jaeger, Friedrich (Hg.): Europa im Spiegel der Kulturwissenschaften. (Denkart Europa. Schriften zur europäischen Politik, Wirtschaft und Kultur, 7). Baden-Baden, S. 204–225.
- (2009): Europäischer Verkehrsraum nach 1989 – die Epoche der zweiten Globalisierung. In: Roth, Ralf/Schlögel, Karl (Hg.): Neue Wege in ein neues Europa: Geschichte und Verkehr im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main, S. 175–196.

- Keller, Reiner (2005): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden.
- Klein, Armin (2005): Kulturpolitik: Eine Einführung. Wiesbaden.
- Knoblich, Tobias S./Scheytt, Oliver (2009): Governance und Kulturpolitik – Zur Begründung von Cultural Governance. In: Föhl, Patrick/Neisener, Iken (Hg.): Regionale Kooperationen im Kulturbereich. Theoretische Grundlagen und Praxisbeispiele. Bielefeld, S. 67–81.
- Kockel, Ulrich (2009): Wozu eine Europäische Ethnologie – und welche? Kritische Überlegungen zu Sinn und Zweck einer Europäischen Ethnologie. In: Österreichische Zeitschrift für Volkskunde 112, S. 451–468.
- Krankenhagen, Stefan (2011): Exhibiting Europe: The Development of European Narratives in Museums, Collections and Exhibitions. In: Culture Unbound 3, S. 269–278.
- Laffan, Brigid (2004): The European Union and Its Institutions as „Identity Builders“. In: Herrmann, Richard/Risse-Kappen, Thomas/Brewer, Marilynn B. (Hg.): Transnational Identities: Becoming European in the EU. Lanham, S. 75–96.
- Leggewie, Claus (2009): Schlachtfeld Europa. Transnationale Erinnerung und europäische Identität. In: Eurozine, published 2009-02-04. Verfügbar unter: <http://eurozine.com/pdf/2009-02-04-leggewie-de.pdf> (19. 9. 2013).
- Lenz, Ramona/Salein, Kirsten (Hg.) (2009): Kulturtourismus. Ethnografische Recherchen im Reiseraum Europa. Frankfurt am Main.
- MacCannell (1999): The Tourist. A New Theory of the Leisure Class. Berkeley.
- Mak, Geert (2012): Was, wenn Europa scheitert. München.
- Menasse, Robert (2012): Der Europäische Landbote: Die Wut der Bürger und der Friede Europas oder Warum die geschenkte Demokratie einer erkämpften weichen muss. Wien.
- Meyer, Thomas (2004): Die Identität Europas. Der EU eine Seele? Frankfurt am Main.
- Murphy-Lejeune, Elizabeth (2002): Student Mobility and Narrative in Europe. The New Strangers. London.
- Musner, Lutz (2009): Der Geschmack von Wien. Kultur und Habitus einer Stadt. (Interdisziplinäre Stadtforschung, 3). Frankfurt am Main.
- Negt, Oskar (2012): Gesellschaftsentwurf Europa: Plädoyer für ein gerechtes Gemeinwesen. Göttingen.
- Odenthal, Kerstin (2005): Kulturgüterschutz: Entwicklung, Struktur und Dogmatik eines ebenenübergreifenden Normensystems. (Jus Publicum, 140). Tübingen.
- Patel, Kiran (2004): Europas Symbole. Integrationsgeschichte und Identitätssuche seit 1945. In: Internationale Politik 59, S. 11–18.
- Pieper, Marianne (2006): Diskursanalysen – Kritische Analytik der Gegenwart und wissenschaftliche Deutungsmusteranalyse. In: Schneider, Silke (Hg.): Foucault: Diskursanalyse der Politik. Wiesbaden, S. 269–288.
- Poehls, Kerstin (2009): Europa backstage. Expertenwissen, Habitus und kulturelle Codes im Machtfeld der EU. Bielefeld.

- Poehls, Kerstin/Vonderau, Asta (Hg.) (2006): *Turn to Europe. Kulturanthropologische Europa-forschung.* (Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge, 41). Münster.
- Pollack, Johannes (2007): *Repräsentation ohne Demokratie: Kollidierende Systeme der Repräsentation in der europäischen Union.* Wien.
- Prisching, Manfred (2011): *Die Kulturhauptstadt als Groß-Event.* In: Betz, Gregor/Hitzler, Ronald/Pfadenhauer, Michaela (Hg.): *Urbane Events.* Wiesbaden, S. 85–104.
- Quenzel, Gudrun (2005): *Konstruktionen von Europa. Die europäische Identität und die Kulturpolitik der Europäischen Union.* Bielefeld.
- Reckwitz, Andreas (2009): *Die Selbstkulturalisierung der Stadt. Zur Transformation moderner Urbanität in der „creative city“.* In: *Mittelweg* 36, S. 2–34.
- Reichert, Ramón (2004): *Governmentality Studies. Analysen liberal-demokratischer Gesellschaften in Anschluss an Michel Foucault.* Münster.
- Rickmeyer, Stefan (2009): *Nach Europa via Tanger. Eine Ethnographie.* Tübingen.
- Sarcinelli, Ulrich (2008): *Politische Kommunikation in Deutschland: Zur Politikvermittlung im demokratischen System.* Wiesbaden.
- Sassatelli, Monica (2002): *Imagined Europe. The Shaping of a European Cultural Identity through EU Cultural Policy.* In: *European Journal of Social Theory* 5, S. 435–451.
- (2009): *Becoming Europeans. Cultural Identity and Cultural Policies.* London.
- Schatz, Edward (2009): *Ethnographic Immersion and the Study of Politics.* In: ders. (Hg.): *Political Ethnography. What Immersion Contributes to the Study of Power.* Chicago, S. 1–22.
- Schmale, Wolfgang (2008): *Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität.* Stuttgart.
- Schmidt-Lauber, Brigitta (2009): *Orte von Dauer. Der Feldforschungsbegriff der Europäischen Ethnologie in der Kritik.* In: Binder, Beate/Hengartner, Thomas/Windmüller, Sonja (Hg.): *Kultur – Forschung. Zum Profil einer volkskundlichen Kulturwissenschaft.* Berlin, S. 237–259.
- Schmitt, Thomas (2011): *Cultural Governance as a conceptual framework.* MMG Working Papers Series, Working Papers 11–02. Verfügbar unter: <http://www.mmg.mpg.de/publications/working-papers/2011/wp-11-02> (19. 9. 2013).
- Schriewer, Klaus (2004): *Herausforderung Europa. Kulturwissenschaftlich-volkskundliche Theoriebildung im Lichte der europäischen Integration.* In: *Zeitschrift für Volkskunde* 100, S. 31–53.
- (2011): *The Making of the European Citizen. Kulturwissenschaftliche Perspektiven auf die Europäische Union.* In: Jöhler, Reinhard/Matter, Max/Zinn-Thomas, Sabine (Hg.): *Mobilitäten. Europa in Bewegung als Herausforderung kulturanalytischer Forschung.* Münster/New York, S. 61–79.
- Schulz, Martin (2013): *Der gefesselte Riese. Europas letzte Chance.* Berlin.
- Schwab-Trapp, Michael (2001): *Diskurs als soziologisches Konzept. Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse.* In: Keller, Reiner et al. (Hg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Theorien und Methoden.* Opladen, S. 261–284.

- Seidenspinner, Wolfgang (2006): Authentizität. Kulturanthropologisch-erinnerungskundliche Annäherungen an ein zentrales Wissenschaftskonzept im Blick auf das Weltkulturerbe. In: *Volkskunde in Rheinland-Pfalz* 20, S. 5–39.
- Shore, Cris (1999): *Inventing Homo Europaeus. The Cultural Politics of European Integration*. In: *Ethnologia Europaea* 29, S. 53–66.
- (2000): *Building Europe. The Cultural Politics of European Integration*. London.
- (2006): „In uno plures?“ EU Cultural Policy and the Governance of Europe. In: *Cultural Analysis* 5, S. 7–26.
- Shore, Cris/Wright, Susan (1997): *Policy. A New Field of Anthropology*. In: dies. (Hg.): *Anthropology of Policy. Critical Perspectives on Governance and Power*. London, S. 3–39.
- Stråth, Bo (2002): *A European Identity: To the Historical Limits of a Concept*. In: *European Journal of Social Theory* 5, S. 387–401.
- Swenson, Astrid (2007): „Heritage“, „Patrimoine“ und „Kulturerbe“: Eine vergleichende historische Semantik. In: Hemme, Dorothee/Tauschek, Markus/Bendix, Regina (Hg.): *Prädikat „HERITAGE“*. Wertschöpfungen aus kulturellen Ressourcen. (Studien zur Kulturanthropologie/Europäischen Ethnologie, 1). Münster et al., S. 53–74.
- Tauschek, Markus (2013): *Kulturerbe. Eine Einführung*. Berlin.
- Tömmel, Ingeborg (2007): *Das politische System der EU*. München.
- Troebst, Stefan (2005): *Jalta versus Stalingrad. GULag versus Holocaust. Konfligierende Erinnerungskulturen im größeren Europa*. In: *Berliner Journal für Soziologie* 3, S. 381–400.
- Universität Freiburg (2009): *Mobilitäten*. 37. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde in Freiburg im Breisgau, 27.–30. September 2009. Verfügbar unter: <http://portal.uni-freiburg.de/dgv-kongress-2009> (23.9.2013).
- Wagner, Gerhard (2005): *Projekt Europa. Die Konstruktion europäischer Identität zwischen Nationalismus und Weltgesellschaft*. (Kulturwissenschaftliche Studien, 11). Hamburg.
- Wagner, Hartmut (2006): *Bezugspunkte europäischer Identität. Territorium, Geschichte, Sprache, Werte, Symbole, Öffentlichkeit. Worauf kann sich das Wir-Gefühl der Europäer beziehen?* (Region – Nation – Europa, 40). Münster.
- Wagner, Matthias (2011): *Die Schmugglergesellschaft. Informelle Ökonomien an der Ostgrenze der Europäischen Union. Eine Ethnographie*. Bielefeld.
- Walkenhorst, Heiko (1999): *Europäischer Integrationsprozeß und europäische Identität. Die politische Bedeutung eines sozialpsychologischen Konzepts*. Baden-Baden.
- Wedel, Janine/Shore, Cris/Feldman, Gregory (2005): *Towards an Anthropology of Public Policy*. In: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 600, S. 30–51.
- Welz, Gisela (2005): *Ethnographien europäischer Modernen*. In: Binder, Beate et al. (Hg.): *Ort. Arbeit. Körper. Ethnographien europäischer Modernen*. Münster et al., S. 19–32.
- Welz, Gisela/Lottermann, Annina (Hg.) (2009): *Projekte der Europäisierung. Kulturanthropologische Forschungsperspektiven*. Frankfurt am Main.

- Wright, Susan/Reinhold, Sue (2011): „Studying through“: A Strategy for Studying Political Transformation. Or Sex, Lies and British Politics. In: Shore, Cris/Wright, Susan/Però, Davide (Hg.): Policy Worlds: Anthropology and the Analysis of Contemporary Power. New York, S. 86–105.
- Zhurzhenko, Tatiana (2007): The geopolitics of memory. In: Eurozine, published 2007-05-10. Verfügbar unter: <http://www.eurozine.com/pdf/2007-05-10-zhurzhenko-en.pdf> (19.9.2013).

